



MISSBRAUCH IN MÜNCHEN

Um einen besonders leistungsstarken Reaktor zu bekommen, missbrauchten die Planer des Forschungsreaktors München II (FRM-II) das RERTR-Programm: Sie kombinierten den extra für dieses Abrüstungsprogramm entwickelten, hoch dichten Brennstoff mit hochangereichertem Uran – und untergruben damit alle bisherigen Abrüstungsbemühungen.

Internationale Kritik führte dazu, dass die Betriebsgenehmigung des FRM-II mit der Auflage verbunden wurde, bis Ende 2010 auf niedriger angereichertes Uran umzurüsten. Diese Frist wurde nicht eingehalten. Als neuer Termin ist 2018 genannt. Die Betreiber machten jedoch nie einen Hehl daraus, dass sie den FRM-II auch darüber hinaus mit HEU betreiben wollen. Wenn Deutschland dies beansprucht, mit welchem Recht sollen andere Staaten davon abgehalten werden?

Atomtechnik kann immer auch militärisch genutzt werden. Deshalb muss nicht nur die Abrüstung der Atomwaffen erfolgen, auch die zivile Nutzung der Atomenergie muss beendet werden. Erst dann kann die Gefahr der Proliferation und atomarer Verseuchung gebannt werden.

Mehr Informationen zu Atomkraft finden Sie auf www.umweltinstitut.org

DAS UMWELTINSTITUT MÜNCHEN E.V. FORDERT:

- Atomkraftwerke abschalten
- Abrüstung aller Forschungsreaktoren von waffentauglichem, hoch angereichertem Uran auf Uran mit niedriger Anreicherung
- Abrüstung aller Atomwaffen

Das Umweltinstitut München e.V. ist ein unabhängiger Verein, der sich gegen Atomkraft, für gentechnikfreies Essen und für den Ökolandbau einsetzt. Spenden und Förderer garantieren unsere unabhängige Arbeit.

Spendenkonto:
Umweltinstitut München e.V.
Konto-Nr: 883 11 03
BLZ: 700 205 00
Bank für Sozialwirtschaft

Auf www.umweltinstitut.org können Sie unseren kostenlosen Newsletter bestellen. Sie erreichen die telefonische Umweltberatung des Umweltinstitut München e.V. unter **(089) 30 77 49 - 0** von Mo – Do: 9 – 17 Uhr und Fr: 9 – 15 Uhr
E-Mail: info@umweltinstitut.org

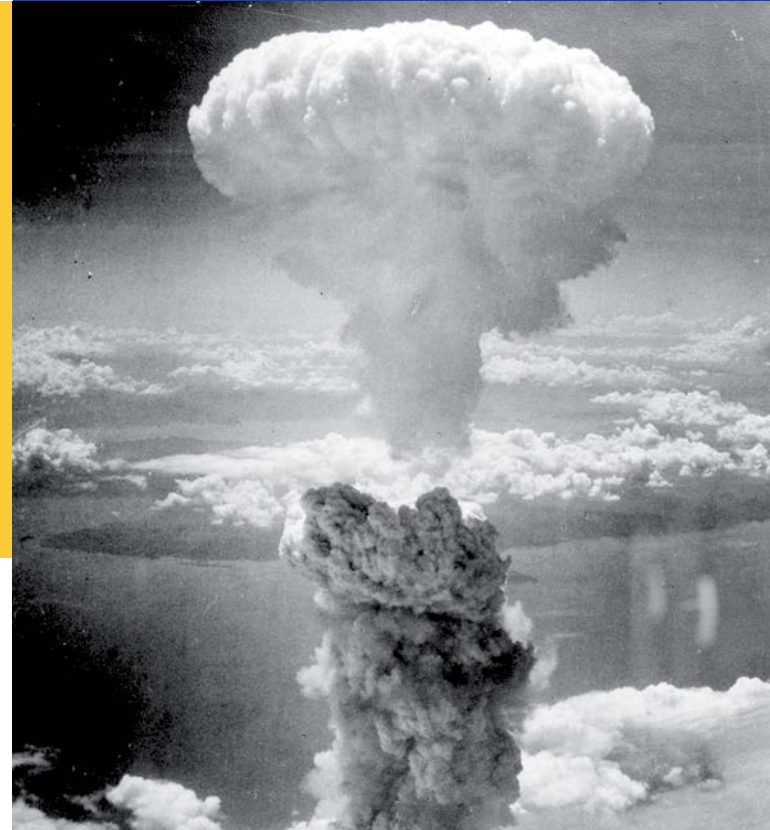


Umweltinstitut
München e.V.

Herausgeber:
Umweltinstitut München e.V.
Landwehrstr. 64a
80336 München
(089) 30 77 49 - 0
info@umweltinstitut.org
www.umweltinstitut.org

Hand in Hand

Der Atomstrom und die Bombe





ATOMENERGIE UND ATOMWAFFEN

Zwischen Atomenergie und Atomwaffen wird selten ein Zusammenhang hergestellt. Doch die zivile Atomstromproduktion liefert wichtige Elemente für den Waffenbau. Dies führte dazu, dass zu den fünf „legalen“ Atommächten inzwischen mindestens vier weitere illegal dazu gekommen sind.

Mit dem Programm „Atoms for Peace“ gab der US-amerikanische Präsident Eisenhower im Jahr 1953 den Startschuss für die so genannte friedliche Nutzung der Atomenergie. Unter diesem zivilen Deckmantel versuchten viele Länder an die Bombe zu kommen.

Bis 1967 waren die USA, Frankreich, Großbritannien, China und die damalige Sowjetunion im Besitz der Atombombe. Damit das so bliebe, schuf man Ende der 1960er Jahre den Atomwaffensperrvertrag (Nichtverbreitungsvertrag, NVV): Die Unterzeichnerstaaten verzichteten auf die Bombe, bekamen aber das Recht, Atomenergie für friedliche Zwecke zu erforschen und zu nutzen. Nach den Terroranschlägen in 2001 definierte die Bush-Regierung die „Achse des Bösen“ und beschloss, dass „Schurkenstaaten“ keinen Zugang zu den sensitiven Nukleartechnologien wie Urananreicherung und Wiederaufarbeitung haben dürfen, die den Bau der Bombe ermöglichen. So hat Iran zwar den NVV unterzeichnet und damit das Recht, Atomenergie zu nutzen. Die Weltgemeinschaft hat aber Sorge, dass eine militärische Nutzung geplant ist.

DIE GIER NACH DER BOMBE

Trotz NVV konnte die Proliferation, also der Handel und die Weiterverbreitung von waffenfähigem Material, nicht verhindert werden.

- Indien führte 1974 den ersten Test durch
- Pakistan zog 1998 nach
- Nordkorea verkündete Anfang 2005 den Besitz der Bombe und testete erstmals 2006
- Dass Israel seit Ende der 1960er Jahre Atomwaffen besitzt, ist ein offenes Geheimnis

1991 konnte ein über Jahre geheim entwickeltes Atomwaffenprogramm im Irak aufgedeckt werden. Algerien, Argentinien, Brasilien, Ex-Jugoslawien, Libyen, Polen, Rumänien, Schweden, die Schweiz, Südafrika und Taiwan hatten militärische Programme, die aber rechtzeitig entdeckt und eingestellt wurden. Die geplante Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf, ehrgeizig unterstützt von „Atomminister“ Franz-Josef Strauß, brachte auch Deutschland in den Verdacht, ein Atomwaffenprogramm anzuvorsieren.

Mit der Aufdeckung des Atom-Schwarzmarktes in Pakistan 2003 kam die illegale atomare Bewaffnung mehrerer Staaten ans Licht: In den 1970er Jahren hatte „der Vater“ der pakistanischen Atombombe, Abdul Qadeer Khan, Blaupausen aus der holländischen Atomfirma Urenco entwendet und damit in seiner Heimat den Bau der Bombe ermöglicht. Auch andere Staaten wie Libyen und Nordkorea hatte er mit Informationen versorgt.

WETTRÜSTEN

Die Weigerung der Atommächte, ihren Abrüstungsverpflichtungen nachzukommen, begünstigte die Proliferation. Unter der Bush-Regierung rüsteten die USA auf und dachten sogar über präventive atomare Ersteinsätze nach. Eigene Atomwaffen zu besitzen, galt für viele Staaten als Faustpfand gegen mögliche Angriffskriege. US-Präsident Obama stellte zu seinem Amtsbeginn zwar eine atomwaffenfreie Welt in Aussicht, doch auch seine Politik behält sich die atomare Abschreckung im Kampf gegen den Terror vor.

ABRÜSTEN DER FORSCHUNGSREAKTOREN

Atomkraftwerke werden mit gering angereicherterem Uran betrieben, das ohne Wiederaufbereitung nicht für den Bau von Atomwaffen verwendet werden kann. In Forschungsreaktoren dagegen wurde hochangereicherter Brennstoff (HEU, highly enriched uranium) eingesetzt, der direkt waffenfähig ist.

Um diese Missbrauchsquelle zu stopfen, hat die internationale Gemeinschaft Ende der 1970er Jahre das Abrüstungs-Programm RERTR (Reduced Enrichment for Research and Test Reactors) aufgelegt. Damit sollte HEU dem zivilen Bereich entzogen werden. Als Ersatz entwickelte man Brennstoffe mit niedriger Anreicherung, aber höherer Dichte. Das Programm war sehr erfolgreich: Inzwischen sind viele Forschungsreaktoren auf nicht waffenfähigen Brennstoff umgerüstet.